

# BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL  
BAS**



*FÜR DUISBURG IN BERLIN.*

**MAHMUT  
ÖZDEMİR**



IMPRESSUM  
HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:  
MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB  
REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß  
LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER  
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN  
[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)  
[www.oezdemir-fuer-duisburg.de](http://www.oezdemir-fuer-duisburg.de)  
Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION



**Liebe Leserinnen und Leser,**

wer in diesen Tagen die Zeitungen aufschlägt oder im Internet liest, kann leicht den Eindruck bekommen, Deutschland sei sozial und wirtschaftlich instabil.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat am Donnerstagmorgen seine Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht genutzt, um einiges zurechtzurücken. So sprach er davon, dass es zwar eine Stimmung der Hysterie gebe, Deutschland in Wahrheit aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial „exzellent“ dastehe und „verdammt stark“ sei. Dies belegen auch die Zahlen des Jahreswirtschaftsberichts, der eine „Erfolgsstory“ ist.

Weitere Themen der vergangenen Sitzungswoche waren zwei Koalitionsanträge zum Ausbau der Rheintalbahn, die Einigung der Koalitionsparteien über das Asylpaket II, die Stärkung der Parlamentsrechte bezüglich Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die Anpassung der Zuständigkeiten in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Elektromobilität.

2

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



## Inhaltsverzeichnis

<b>WIRTSCHAFT</b> „Deutschland ist ein verdammt starkes Land!“	3
<b>SCHIENENVERKEHR</b> Bundestag berät zwei Anträge zum Ausbau der Rheintalbahn	5
<b>ASYLPOLITIK</b> Koalition beschließt weitere Maßnahmen im Asylrecht	6
<b>DEMOKRATIE</b> Parlamentsrechte sichern und stärken	8
<b>VERKEHR</b> Zuständigkeiten bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung anpassen	9
<b>VERKEHR</b> Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Elektromobilität	9

## TOP-THEMA

### WIRTSCHAFT

#### „Deutschland ist ein verdammt starkes Land!“

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat am Donnerstagmorgen eine Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht (Drucksache 18/7380) im Deutschen Bundestag abgegeben und dabei die gute Wirtschaftslage bekräftigt. „Das Land ist nicht handlungsunfähig, die Bundesregierung hat auch nicht die Kontrolle verloren, und es gibt auch keine Krise der Koalition“, so Gabriel. Im Gegenteil: „Die Regierung ist stabil, das Land ist stabil“.

Gleichwohl konzedierte er, mache auch eine Regierung mal Fehler, gebe es manchmal Streit, denn „wir sind alle nur Menschen“. Doch eines sei klar: „Wir sind eines der bestaufgestellten Länder Europas“, sagte er mit Nachdruck.

Gabriel zufolge zeichnen sich weitere Beschäftigungsrekorde ab. Die Zahl der Erwerbstätigen werde 2016 auf 43,3 Millionen und 2017 auf 43,7 Millionen steigen. Der Wirtschaftsaufschwung gehe mit einem Konjunkturplus von 1,7 Prozent 2016 ins dritte Jahr.



Löhne und Gehälter legen zu. „Der Wohlstand und das Wachstum kommen bei den Menschen in Deutschland an“, so Gabriel.

### **Förderprogramm für mehr Elektrofahrzeuge**

Der Wirtschaftsminister fordert ein Förderprogramm für mehr Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen. Wenn es bei dem Ziel von einer Million E-Autos im Jahr 2020 bleiben solle, sei ein „Markteinführungsprogramm“ erforderlich. „Ohne dies wird es nichts“, sagte Gabriel.

Nötig seien auch Investitionen in Ladestationen sowie ein Beschaffungsprogramm von Bund, Ländern und Kommunen. Von der Autoindustrie sei allerdings eine Gegenleistung nötig. Die industrielle Batterieproduktion müsse nach Deutschland zurückgeholt werden.

Gabriel warnte davor, die Dinge schlechter zu reden, als sie seien – das nütze nur der AfD. Deutschland könne vieles bewerkstelligen, was andere Länder nicht schaffen würden. Er verwies auf die Kommunen, die „Fantastisches“ leisteten.

4

In seiner Rede widmete sich Gabriel den bereits angegangenen Vorhaben und denjenigen, die die Koalition noch plane. Als Beispiel nannte er ein milliardenschweres Programm zu sozialem Wohnungsbau, das „allen zugutekomme, nicht nur Flüchtlingen“. Denn das sei der entscheidende Faktor: Damit keine Verteilungskämpfe entstünden und die exzellente Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt so weitergehe, müsse die Politik alle im Blick haben. Gabriel: „Jetzt ist die Zeit für Integration und für soziale Investitionen“.

Der Wirtschaftsminister betonte als weitere Schritte unter anderem den Ausbau des Breitbandnetzes ebenso wie die Gesetzesnovellierung der Wettbewerbskontrolle, die Unterstützung des Mittelstandes bei der Digitalisierung genauso wie die Stabilisierung der Energiewende. Die Koalition sei bei Start ups weitergekommen und widme sich mit Nachdruck auch der Industriepolitik. „Nachlässigkeit können wir uns nicht leisten“, warnte Gabriel.

Der Jahreswirtschaftsbericht lässt sich hier nachlesen:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=750264.html>



## SCHIENENVERKEHR

### Bundestag berät zwei Anträge zum Ausbau der Rheintalbahn

Die Bundesregierung soll einen menschen- und umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn realisieren. Dies fordern die Koalitionsfraktionen in einem Antrag (Drucksache 18/7364), der am 28. Januar 2016 vom Bundestag beschlossen wurde.

Die Koalitionsfraktionen fordern die Bundesregierung darin auf, den Ausbau der Rheintalbahn Karlsruhe-Basel entsprechend den Festlegungen zwischen Bund und Land Baden-Württemberg so umzusetzen, dass in Offenburg entsprechend dem Beschluss des Projektbeirates anstatt eines oberirdischen Ausbaus ein sieben Kilometer langer Eisenbahntunnel vorgesehen wird. Zudem soll zwischen Offenburg und Riegel eine zweigleisige Güterzugtrasse in Parallellage zur Bundesautobahn A5 errichtet werden. Beide Strecken sollen Lärmschutz nach Maßgabe eines weiteren Beschlusses des Projektbeirates erhalten.

Schließlich soll gemäß einem Beschluss des Projektbeirates die Antragstrasse zwischen Hülgelheim und Auggen Lärmschutz über das gesetzliche Maß hinaus bekommen.

#### **Umweltgerechte Realisierung europäischer Schienennetze**

In einem weiteren Antrag (Drucksache 18/7365) fordern die Koalitionsfraktionen eine menschen- und umweltgerechte Realisierung europäischer Schienennetze. Dazu soll die Regierung künftig die konstruktive Zusammenarbeit der Akteure vor Ort unterstützen und deren Vorschläge bei der Erarbeitung konkreter Lösungen berücksichtigen. Aus den jeweils dort gewonnenen Empfehlungen sollen im Einzelfall konkrete Beschlüsse an die Bundesregierung formuliert werden, um im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen besonderen Schutz von Anwohnern und Umwelt erreichen zu können. Dabei könnten künftig die Grundsätze und Maßstäbe zur Anwendung kommen, die durch den Projektbeirat Rheintalbahn gesetzt worden sind, heißt es in dem Antrag.

Unsere NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion hat in einer Persönlichen Erklärung nach §31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sehr bedauert, dass die CDU/CSU wichtige Lärmschutz- und Sicherheitsmaßnahmen an zentralen Schienenverkehrsstrecken in Nordrhein- Westfalen verhindert. Für uns ist klar: Was für die Anwohnerinnen und Anwohner der Rheintalbahn in Baden-Württemberg gilt, muss auch



woanders gelten – nämlich ein größtmöglicher Schutz von Mensch und Umwelt. Als Transitland ist Nordrhein-Westfalen besonders von Schienenverkehrsbelastungen betroffen. Es ist schade, dass die Union mit uns keine konkreten und verbindlichen Maßnahmen an zentralen NRW-Trassen wie der Betuwe-Linie oder dem Rhein-Ruhr-Express beschließen wollte. Stattdessen ist jetzt mit diesen beiden Anträgen ein Minimalkonsens verabschiedet worden, der nur ein erster Schritt sein kann.

Diese Anträge eröffnen zwar Möglichkeiten, hätten aber wesentlich konkreter formuliert werden können. Wir haben wiederholt Vorschläge gemacht, die aber ausnahmslos am Widerstand der Unionsfraktion gescheitert sind. Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus NRW werden sich weiter für zusätzliche Lärmschutz- und Sicherheitsmaßnahmen an der Betuwe-Linie zwischen Emmerich und Oberhausen, auf der Strecke Duisburg-Düsseldorf im Zuge des Rhein-Ruhr-Express (RRX) und an der gesamten Mittelrheinstrecke (Köln-Mainz) einsetzen. Darüber hinaus sollen Kommunen beim Bau von Bahnunterführungen an besonders stark befahrenen Güterverkehrskorridoren stärker als bisher unterstützt werden.

6

Die Persönliche Erklärung nach §31 GO Deutscher Bundestag finden Sie hier: <http://www.nrwspd-landesgruppe.de/2016/01/28/union-blockiert-ambitionierte-laermschutz-und-sicherheitsmassnahmen-in-nrw/>

## ASYLRECHT

### Koalition beschließt weitere Maßnahmen im Asylrecht

Das so genannte Asylpaket II steht. Die Parteivorsitzenden von SPD, CDU und CSU haben sich am Donnerstagabend auf Ergänzungen zu den bereits im November beschlossenen Maßnahmen verständigt.

Im Einzelnen:

- Für so genannte subsidiär Schutzberechtigte wird der Familiennachzug für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt.



- Innerhalb künftiger Kontingente für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Libanon oder Jordanien soll der Familiennachzug zu bereits in Deutschland lebenden Flüchtlingen vorrangig berücksichtigt werden.
- In einem nächsten Gesetzgebungsvorhaben werden mehr Rechtssicherheit und Verfahrensvereinfachungen für auszubildende Flüchtlinge und ausbildende Betriebe geschaffen. Das dient besonders der dringend notwendigen Integration.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann lobt die Einigung. „Der Kompromiss ist insgesamt ausgewogen.“ Als positive Punkte betont Oppermann vor allem die Rechtssicherheit für Handwerksmeister, die junge Flüchtlinge ausbilden wollen. Deren Aufenthaltserlaubnis verlängere sich nun, was den Betrieben und den Azubis nütze. „Wir haben jetzt Grundlagen geschaffen und werden rasch im Bundestag über die entsprechenden Gesetze beraten und dann beschließen.“

Und Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagt: „Die Kommunen müssen sich auf die Integration der Zuwanderer konzentrieren, die bei uns bleiben werden. Das Asylpaket II erleichtert das mit der Einrichtung besonderer Aufnahmezentren für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive.“

Zum Hintergrund: Der subsidiäre Schutz (EU) geht auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zurück. Auch er ist europarechtlich verankert in der EU-Richtlinie zum internationalen Schutz. Er setzt eine schwere Menschenrechtsverletzung voraus, ohne dass die beim Flüchtlingsstatus erforderliche Verknüpfung mit einem Diskriminierungsmerkmal erforderlich ist. Hierzu zählen die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung sowie die Gefahr von Tod oder Verletzung im Rahmen eines Krieges oder Bürgerkrieges.

Nähere Informationen zu Begrifflichkeiten in der Asyl- und Flüchtlingspolitik gibt es hier:

<http://www.spdfraktion.de/themen/fragen-und-antworten-zum-asylverfahren>

Das Asylpaket II wird hier näher erläutert:

<http://www.spdfraktion.de/themen/transitzonen-sind-vom-tisch>



## DEMOKRATIE

### Parlamentsrechte sichern und stärken

Am Freitagmorgen hat der Bundestag in erster Lesung den „Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der parlamentarischen Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland im Zuge fortschreitender Bündnisintegration“ debattiert (Drucksache 18/7360). Er basiert auf dem Bericht der „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ (Drucksache 18/5000), der im Juni 2015 vorgelegt worden war.

Der Gesetzentwurf zeigt deutlich, dass der deutsche Parlamentsvorbehalt kein Hindernis für eine vertiefte europäische Kooperation darstellt. Zugleich ist es gelungen, die Rechte des Parlaments bei Auslandseinsätzen nicht nur zu sichern, sondern zu stärken. Damit hat sich vor allem die SPD-Fraktion durchgesetzt. Zugleich konnten Befürchtungen aus den Reihen der Opposition widerlegt werden, dass Parlamentsrechte abgebaut werden sollten.

So sollen die Informationsrechte bei geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen der Spezialkräfte gestärkt werden, indem die bisherige Unterrichtspraxis in das Parlamentsbeteiligungsgesetz aufgenommen werden soll. Außerdem soll der Bundestag nach Abschluss des Einsatzes über die wesentlichen Ziele und Ergebnisse unterrichtet werden.

Im Gesetzentwurf enthalten ist die Pflicht zur Vorlage von regelmäßigen bilanzierenden Bewertungen und zur Vorlage eines Evaluierungsberichts nach Abschluss des Einsatzes. Auch wird die Bundesregierung aufgefordert, jährlich einen Bericht über die multilateralen militärischen Verbundfähigkeiten vorzulegen, deren Verfügbarkeit gegenüber den Bündnispartnern politisch gesichert werden soll. Bei der Einrichtung neuer multilateraler Verbundfähigkeiten ist eine frühzeitige Unterrichtung des Bundestages vorgesehen. Seine konstitutive Zustimmung bleibt davon unberührt.



## VERKEHR

### Zuständigkeiten bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung anpassen

Am Donnerstagabend hat sich der Deutsche Bundestag in erster Lesung mit einem Gesetzentwurf der Koalition zur „Anpassung der Zuständigkeiten von Bundesbehörden an die Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes“ befasst (Drucksache 18/7316).

In der vergangenen Legislaturperiode hatte die Bundesregierung die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) reformiert. Bei der Reform wurden die bisherigen sieben Wasser- und Schifffahrtsdirektionen zu einer Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) mit Sitz in Bonn zusammengefasst.

Der Gesetzentwurf zeichnet die organisatorischen Änderungen der Reform nach und ermächtigt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in allen betroffenen Rechtsverordnungen die nötigen Bezeichnungs- und Zuständigkeitsänderungen vorzunehmen.

Die deutsche See- und Binnenschifffahrt ist auf den Erhalt und die Modernisierung eines leistungsfähigen Wasserstraßennetzes elementar angewiesen.

## VERKEHR

### Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Elektromobilität

Die Elektromobilität wird immer wichtiger, um Industriearbeitsplätze zu erhalten, Klimaziele zu erreichen und die Energiewende auch im Verkehrsbereich zum Erfolg zu führen. Allerdings setzt sich die Technologie hierzulande nur langsam durch. Elektrofahrzeuge müssen bezahlbar bleiben, ihre Reichweiten größer und die Ladeinfrastruktur ausgebaut werden. Um diese Ziele zu erreichen, fordert die SPD-Fraktion Kaufprämien und steuerliche Anreize, gezielte Forschungsförderung und eine Selbstverpflichtung der Hersteller.



Bis 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen unterwegs sein. Das haben die Sozialdemokraten gemeinsam mit der CDU/CSU im Koalitionsvertrag vereinbart. Dieses Ziel ist nicht nur klimapolitisch geboten, sondern auch industriepolitisch überlebensnotwendig, betonen die zuständigen Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Joachim Schabedoth (Wirtschaft/Energie), Andreas Rimkus (Verkehr) und Detlev Pilger (Umwelt /Naturschutz). Denn viele Länder – vor allem so wichtige Märkte wie China und die USA – haben durch gezielte Förderung inzwischen große Fortschritte bei der Elektromobilität erreicht.

Mit ihrem am 26. Januar beschlossenen Positionspapier „Elektromobilität voranbringen“ wollen die SPD-Abgeordneten einen Beitrag zur Debatte leisten und ein starkes Signal an die Bundesregierung und die Automobilindustrie senden.

In ihrem Papier stellen die Sozialdemokraten fest, dass die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität noch nicht ausreichen. Daher benennen sie neue Lösungsvorschläge:

- ergänzende Anreize der öffentlichen Hand, von Kaufprämien für private und steuerliche Anreize für gewerbliche Elektrofahrzeug-Halter bis hin zu einer verbindlichen Quote für Elektrofahrzeuge bei der öffentlichen Beschaffung,
- eine gezielte Förderung von Speichertechnologien, zum Beispiel durch Investitionen der Industrie in Batteriezellfertigung und Selbstverpflichtungen der Automobilhersteller,
- einen gezielten Ausbau bedarfsgerechter Ladeinfrastruktur,
- die technikoffene Förderung elektrisch angetriebener Fahrzeuge für den Öffentlichen Nahverkehr und
- den Ausbau einer ressortübergreifenden interdisziplinären Forschung und Entwicklung, um veränderte Mobilitätsbedürfnisse bestmöglich zu berücksichtigen.

Das Positionspapier ist auf der Fraktionswebsite online verfügbar unter:  
[http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/positionspapier\\_elektromobilitaet\\_26012016\\_spd-btf.pdf](http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/positionspapier_elektromobilitaet_26012016_spd-btf.pdf)